Dieses Blatt wird bei Anfang von Dresden und Umgebung am Tage vorher beim als **Vorabend-Blatt** gegeben, während es die Post-Bezieher am Morgen in einer Gesamtausgabe erhalten.

63. Jahrgang. № 240. Sonntag, 31. August 1919.

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Drahtanschrift: Nachrichten Dresden.
Fernsprecher-Sammelnummer: 25241.
Nur für Nachtgespräche: 20011.

Bezugs-Gebühr vierteljährlich in Dresden und Vororten bei zweimaliger Zutragung sowie bei einmaliger Zustellung durch die Post (ohne Postgebühr) 5.40 M. monatlich 1.80 M.
Anzeigen-Preise. Die einspaltige 27 mm breite Zeile 75 Pf. Auf Anzeigen unter Stellen- und Wohnungsmarkt, einspaltige An- und Verkäufe 25 Pf. Vorzugsplätze laut Tarif. Auswärtige Aufträge gegen Vorausbezahlung. Einzelpreis des Wochenblattes 10 Pf.

Schriftleitung und Hauptgeschäftsstelle: Marienstraße 38/40.
Druck u. Verlag von Liepsch & Reichardt in Dresden.
Postscheck-Konto 19395 Leipzig.

Nachdruck nur mit deutlicher Quellenangabe („Dresdner Nachr.") zulässig. Unverlangte Schriftstücke werden nicht aufbewahrt.

Dresdner Handelsbank
Aktiengesellschaft
Ostra-Allee 9, im Hause der Kaufmannschaft, Schlachthofring 7, Wettinerstraße 56, Hauptmarkthalle, Elisenplatz 3, Kaiserstraße 11.

Annahme verzinslicher Bareinlagen.
An- und Verkauf von Wertpapieren.
Einlösung von Zins-, Gewinnanteilscheinen und ausgelosten Wertpapieren.
Kreditverkehr gegen Wertpapiere und Waren.
An- und Verkauf fremder Geldsorten.
Scheckverkehr.

Einziehung und Ankauf von Wechseln.
Verwaltung von Wertpapieren, sowie Aufbewahrung geschlossener Wertpakete.
Vermietung von feuer- und einbruchsicheren Stahlfächern unter Verschluß des Mieters und Mitverschluß der Bank.

Vor einer neuen kommunistischen Erhebung.

Spartakus rüstet zur letzten Machtprobe.

(Eigner Drahtbericht der „Dresdn. Nachrichten".)

Berlin, 30. Aug. Der begonnene Endkampf der Entente gegen die russische Räterepublik ruft die deutschen Kommunisten anscheinend nochmals zu einer großen Aktion auf den Plan, um den Zusammenbruch des Kommunismus in Rußland zu verhindern. Soweit der Regierung zuverlässige Nachrichten vorliegen, wird in allen kommunistischen Kreisen des Reiches mit Hochdruck auf eine neue kommunistische Erhebung für eine deutsche Räterepublik im Anschluß an die russische Räteregierung hingearbeitet. Auch sollen auf dem Wasserwege wieder umfangreiche Waffentransporte zwischen deutschen Großstädten unterwegs sein.

Besondere Maßnahmen zum Schutze Bayerns.

München, 30. Aug. Das Gesamtministerium des Freistaates Bayern veröffentlicht ein Gesetz über außerordentliche Maßnahmen zum Schutze Bayerns. Danach darf das Gesamtministerium in gefährdeten Bezirken besondere Beauftragte ermächtigen, außerordentliche Anordnungen zur Erhaltung der öffentlichen Sicherheit zu treffen.

Der Endkampf gegen Rußland.

(Eigner Drahtbericht der „Dresdn. Nachrichten".)

Rotterdam, 30. Aug. Die „Morningpost" meldet: Die Gesamtaktion gegen Moskau hat auf allen Fronten begonnen. Die Truppen an der Murmanküste rücken langsam an der Eisenbahnlinie in Richtung Wologda vor.

Königsberg, 30. August. Eine große englische Flotte hat am Donnerstag mittag die Ostsee in der Richtung Osten passiert. Es handelt sich mutmaßlich um die bevorstehende Unterstützung der alliierten Generaloffensive gegen Sowjetrußland durch den Großteil der englischen Flotte.

Rotterdam, 30. Aug. Eine Reuterdepesche meldet: Zwischen den neutralen Vertretern in Moskau und dem Auslande bestehen seit letztem Sonntag keine Verbindungen mehr. Schlüsselburg ist von englischen Fliegern beworfen worden.

Ein durchsichtiges Manöver.

Kopenhagen, 30. Aug. (Eig. Drahtmeld.) „Latwijas Sargs" meldet, daß die deutschen Soldaten in Mitau über hundert lettische Zivilisten und Offiziere verhaftet haben. Sie verwenden die Verhafteten zu schwerer Zwangsarbeit und gewähren den Gefangenen nur unzureichende Nahrung. Die deutschen Soldaten verwüsten das Land und verhindern die Ernte. Der Vertreter Litauens in Lettland, Schlupas, äußerte in einer Unterredung mit den Vertretern der Presse, daß die deutschen Soldaten, die Lettland verlassen, eine Operationsbasis zu unbekannten Zwecken in Litauens Territorium an der Grenze Deutschlands begründen.

Die Entente, auf die die obige Hetzmeldung zurückzuführen ist, scheut kein Mittel, um die Deutschen auch nach Beendigung des Kriegszustandes vor den Augen der Welt als Hunnen gelten zu lassen. Die ganze Sinnlosigkeit dieser Nachricht kennzeichnet allein schon der Satz, daß unsere Truppen die Ernte zu verhindern suchen, wo sie doch ausschließlich auf die Ernährung aus dem Lande selbst angewiesen sind.

Der Ludwigshafener Putsch.

Mannheim, 30. Aug. (Eig. Drahtmeld.) Der „Mannheimer Generalanzeiger" berichtet über die Vorgänge in Ludwigshafen: In der letzten Nacht saßen in der Kantine des Bahnhofes verschiedene Bahnarbeiter und spielten gemütlich Karten. Plötzlich hörten sie eine erregte Auseinandersetzung und lebhafte Schießerei. Man sah einen alten Mann aus der Kantine fliehen, der von Franzosen verfolgt und bald darauf gefangengenommen wurde. Fünf französische Geheimpolizisten mit mehreren französischen Soldaten zogen dann vor das Tor, in das gegenüberliegende Postgebäude und verlangten Einlaß, der ihnen ohne weiteres gewährt wurde. Sie gingen in den Packraum, riefen ein paar französische Worte und hieben sofort auf das anwesende Personal mit Stöcken und Gummischläuchen ein. Nachdem mit vorgehaltenen Revolvern das Personal zusammengedrängt war, gingen einer der französischen Geheimpolizisten die Treppe hinauf in den zweiten Stock, wahrscheinlich zum die Kasse, Telegraphen- und Telephonapparate zu besetzen. Postverwalter See und drei Postbeamte gingen ihm nach, worauf der Geheimpolizist ohne weiteres vom zweiten Stock herunterschoß. Oberpacker Groß brach getroffen zusammen. Darauf fingen auch französische Soldaten an, von unten die Treppe heraufzuschießen. Hierbei wurde der Postverwalter See tödlich verletzt, während die beiden anderen Postbeamten ebenfalls verwundet wurden. Das gesamte anwesende Personal wurde hierauf von den Franzosen zusammengedrängt, in einen Raum eingeschlossen, wo die Leute den ganzen Tag über bis zum Abend eingesperrt waren. Um 6 Uhr wurde ein Teil der Beamten freigelassen, während der Rest, etwa 20 Mann, um 7½ Uhr in das Amtsgefängnis eingeliefert wurden. Der Bevölkerung hat sich selbstverständlich eine große Erregung bemächtigt.

Der Regierungspräsident der Rheinpfalz hat der deutschen Reichsregierung in einem längeren Telegramm über die Vorgänge in Ludwigshafen berichtet und um Maßnahmen zu besserem Schutz der pfälzischen Bevölkerung nachgesucht. Man erwartet, daß die deutsche Regierung nach Prüfung der Zwischenfälle in Ludwigshafen Protest gegen den Gewaltakt der französischen Soldaten erheben wird. Die Arbeiter in Ludwigshafen verharren noch im Demonstrationsstreik, die Straßenbahnen verkehren noch nicht. Man ist auch noch ungewiß darüber, ob der Putsch in Ludwigshafen örtlich beschränkt war oder ob auch in anderen pfälzischen Städten Putschversuche unternommen wurden. Zuverlässige Berichte liegen bis zur Stunde nicht vor. Die Verkehrsverbindungen zwischen Mannheim und Ludwigshafen sind überdies seit gestern wieder erschwert.

München-Gladbach, 30. Aug. Hier fand eine Versammlung von Anhängern zur Errichtung eines rheinischen Freistaates statt. In Cleve sprach der Vorsitzende der Kölner Aktivisten Dr. Müller.

Französische „Abrüstung".

In Colmar herrscht, wie auch anderwärts, Mangel an billigen Wohnungen, viele Flüchtlingsfamilien hausen in gesundheitlich nicht einwandfreien Wohnungen, die früher vom deutschen Aufsichtsamt gesperrt waren. Die Stadtverwaltung glaubte ein Abhilfmittel in der Herrichtung von Kasernen gefunden zu haben. Sie wandte sich an die Militärbehörde mit der Bitte, Kasernen zur Verfügung zu stellen. Der Bescheid lautete, daß davon keine Rede sein könne, alle Kasernen würden belegt, vielleicht müßten noch neue gebaut werden.

Die Kasernen, die dem deutschen „Militarismus" genügten, erachtet der französische „Sieger" also für nicht ausreichend. Er hat bekanntlich Krieg gegen den „Krieg" geführt, um die Welt von dem Alpdruck des bewaffneten Friedens zu befreien. Und heute plant er im Elsaß neue Kasernen! So gedenken die Franzosen den Gedanken der Abrüstung zu pflegen. Es muß ihnen bei ihrem „Frieden des Rechts" nicht ganz geheuer sein.

Amerika und die Friedensfrage.

Basel, 30. Aug. Die Senatskommission des Auswärtigen in Amerika hat einen vom Senator Fall eingebrachten Zusatzantrag zu dem Friedensvertrag, dessen Artikel 35 die Teilnahme der Vereinigten Staaten an der internationalen Kommission zur Festsetzung der deutsch-belgischen Grenze verlangt, mit 9 gegen 7 Stimmen angenommen. Der Antrag Fall streicht die Worte „und Assoziierten" aus Artikel 35.

Nachdem die Kommission für Auswärtige Angelegenheiten diesem Zusatzantrag zugestimmt hatte, dehnte sie dessen Wirkung auf alle Stellen des Friedensvertrages aus, wo eine „assoziierte Macht" an internationalen Kommissionen teilnimmt, so daß die dem Friedensvertrag beigefügte Aenderung die Vereinigten Staaten aus allen durch den Friedensvertrag geformten Kommissionen ausschaltet, ausgenommen aus derjenigen, die sich mit der Wiedergutmachung beschäftigt, denn diese wird über die deutsche Tonnage verfügen und andere Fragen besprechen, woran Amerika teilnehmen müsse. Die anderen Kommissionen kümmern Amerika nicht. Seine Teilnahme könnte nur dazu dienen, es in Fragen, die Amerika nichts angehen, an Europa zu ketten.

Amsterdam, 30. Aug. Die englischen Blätter vom 28. August bringen eine „Central-News"-Meldung aus Washington, der zufolge Senator Fall erklärt hat, der jetzige Friedensvertrag bedeute den Krieg und zwar nicht den zukünftigen, sondern den sofortigen Krieg. Er sagte, die amerikanischen Soldaten gingen nach Schlesien, um ein Volk zu bekämpfen, mit dem Amerika keinerlei Streitigkeiten gehabt habe und die amerikanischen Matrosen und Soldaten kämpfen heute in den Straßen von Danzig. Senator Fall schloß: Wir übernehmen die Verantwortung und müssen dafür mit dem Blut amerikanischer Soldaten zahlen.

Rotterdam, 30. Aug. Der „N. Rotterd. Courr." meldet aus Neuyork, daß der republikanische Senator Wood einen Protest gegen die Entsendung amerikanischer Truppen nach Schlesien erhoben hat.

Wilsons Propagandareise.

Amsterdam, 30. Aug. Laut „Telegraaf" meldet „Times" aus Neuyork, daß Wilson in 14 Tagen nach den Staaten an der Küste des Stillen Ozeans abreisen und in vielen Städten nicht allein über den Friedensvertrag, sondern auch über die industrielle und wirtschaftliche Lage Reden halten wird. Die republikanischen Gegner Wilsons haben die Absicht, eine Anzahl von Rednern zu entsenden, um die Beweisgründe, die Wilson zugunsten einer Unterzeichnung des unabgeänderten Friedensvertrages anführen wird, zu widerlegen.

Rumänien unterzeichnet nicht.

(Eigner Drahtbericht der „Dresdn. Nachrichten".)

Rotterdam, 29. Aug. Die „Liberté" bestätigt den Bericht der „Morning Post", daß Rumänien sich weigert, den Vertrag mit Oesterreich zu unterzeichnen wegen der Klausel über die nationalen Minderheiten.

Ein Hoffnungsschimmer für unsere Gefangenen.

Endlich ist der erste Schritt zur Befreiung der Kriegsgefangenen geschehen. Der Verband erklärt sich bereit, das Inkrafttreten des Friedensvertrags, soweit er den Rücktransport der Kriegsgefangenen betrifft, „vorzudatieren", d. h. also, den Abtransport in die Wege zu leiten, ohne die Ratifizierung des Friedensvertrags durch drei Hauptmächte des Verbandes abzuwarten. Das ist eine Kunde, die von allen, die seit langen Monaten sehnsüchtig die Heimkehr ihrer Angehörigen erwarten, mit Freuden begrüßt werden wird. Ein erster Hoffnungsschimmer nach langem schmerzvollem Ausharren winkt nun unseren Gefangenen. Freilich lange, bange Wochen werden vermutlich noch vergehen, bis die Vorbereitungen, die zur Heimkehr jetzt von einer Verbandskommission getroffen werden sollen, beendet sind. Eine ungerechtfertigte Härte liegt ja auch darin, daß deutsche Vertreter erst nach Inkrafttreten des Friedensvertrags für die Gefangenen hinzugezogen werden sollen. Warum das? Warum entzieht man unseren gefangenen Brüdern auch jetzt noch die Fürsorge ihrer eigenen Volksgenossen, aus der sich doch wahrhaftig keine Gefahren für den Bestand der Verbandsländer ergeben könnten, die aber geeignet wäre, unseren Gefangenen Erleichterung von dem schweren seelischen Druck zu verschaffen, unter dem sie stehen? Es ist wirklich kein Grund für diese Maßregel zu erkennen, um so weniger, als es bei uns als etwas ganz Selbstverständliches angesehen wurde, daß im vorigen November sofort nach Abschluß des Waffenstillstands Verbandskommissionen nach Deutschland kamen, um für ihre Gefangenen zu sorgen.

Der Verband hat es sich auch nicht versagen können, uns eine weitere bittere Pille schlucken zu lassen. „Diese wohlwollende Haltung, von der die deutschen Soldaten so große Vorteile haben werden, wird nur dann von Dauer sein, wenn die deutsche Regierung und das deutsche Volk alle ihnen obliegenden Verpflichtungen erfüllen." Wir gestehen, in unseren Ohren klingt es wie blutiger Hohn, wenn die Feinde, nachdem sie erst monatelang die Ueberreichung der Friedensbedingungen verzögerten, und dann, nachdem der Vertrag unterschrieben war, die Ratifizierung verschleppten, um aus der Sklavenarbeit der deutschen Gefangenen Nutzen zu ziehen, jetzt von einem besonderen „Wohlwollen" zu sprechen wagen, von einem Wohlwollen, dessen sich das deutsche Volk würdig zu erweisen habe durch die Erfüllung aller ihm obliegenden Verpflichtungen. Daß unsere Regierung solchen Hohn und solchen gespreizten Hochmut widerspruchslos einstecken muß, kennzeichnet die tiefe Stufe, auf die wir herabgesunken sind. Was wir vor Gott und der Menschheit als heiliges Recht beanspruchen können, wird uns jetzt als ein Gnadengeschenk gewährt, das zudem noch eingewickelt ist in phrasenhaft-salbungsvolle Vermahnungen. Sehen wir einmal ab von dem Buchstaben der Bedingungen, so müßte es doch als ein heiliges, natürliches Recht angesehen werden, daß nach Abschluß der Feindseligkeiten die Gefangenen befreit und in die Heimat entlassen werden. Davon ist aber bei den Feinden nicht die Rede. Sie wollen den ersten Schritt zum Heimtransport der Gefangenen als Gnade, als ein Zeichen ihres Bestrebens, „die durch den Krieg verursachten Leiden zu mildern", aufgefaßt wissen — jetzt, nachdem der Krieg seit fast zehn Monaten beendet ist!

Aber an alledem ist nichts zu ändern, wir müssen's hinnehmen, wie wir seit dem 9. November so manche Herabwürdigung schon haben hinnehmen müssen. Denn nach dem Buchstaben des Vertrages sind ja die Feinde berechtigt, so zu sprechen. Es war ein Fehler unserer Regierenden, daß sie in ihren Gegenvorschlägen der Gefangenenfrage so wenig Beachtung geschenkt haben. Sie hätten sich, da man ja die Winkelzüge der Feinde genügsam kennen gelernt hatte, zum mindesten darum bemühen müssen, daß im Artikel 214 nicht einfach das „Inkrafttreten des Friedensvertrages" als Zeitpunkt für die Gefangenen-Heimkehr festgesetzt wurde, sondern mindestens der Augenblick der Unterzeichnung des Vertrages durch Deutschland. Daran ist aber heute nichts mehr zu ändern, diese mangelnde Voraussicht läßt sich nicht wieder gut machen. Dafür dürfen wir wohl die Erwartung aussprechen, daß die deutsche Regierung Schritte unternimmt, um auf Grund des Artikels 215 der Bedingungen möglichst darauf zu dringen, daß die deutschen Vertreter auch an der Vorbereitung der Heimkehr teilnehmen. In diesem Artikel heißt es, daß eine Kommission aus deutschen Vertretern und Vertretern der Alliierten und Assoziierten die Heimbeförderung der Kriegsgefangenen und Zivilinternierten sichern soll, daß ferner zur Regelung der Einzelheiten Unterkommissionen aus Delegierten der beteiligten Staaten und Delegierten der deutschen Regierung zusammentreten sollen. Wenn diese Kommissionen schon jetzt gebildet und ihre Arbeiten aufnehmen würden, so läge das nur im Interesse einer rascheren Heimbeförderung der Be-

SLUB
Wir führen Wissen.